



Universität Hamburg: Dezember 2021

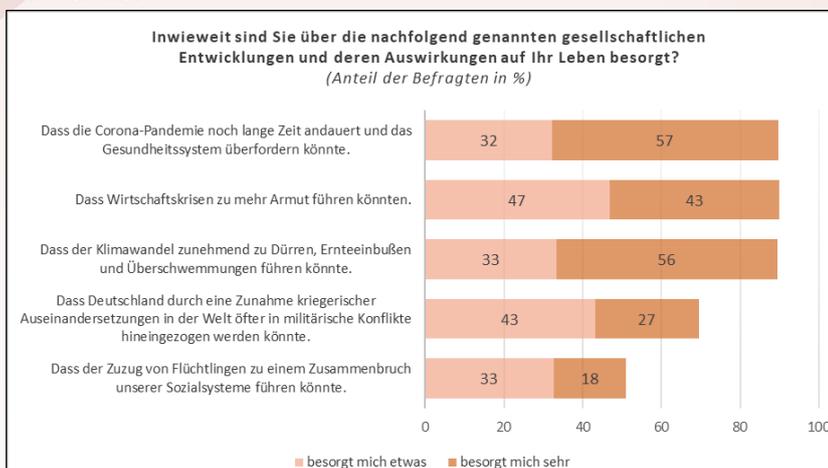
Studie „Menschen in Deutschland 2021“

Innerhalb des MOTRA-Forschungsverbundes führt die Universität Hamburg seit dem Jahr 2021 regelmäßig jährlich wiederholte Einstellungsbefragungen der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland durch. Themen dabei sind die Wahrnehmung der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation, politische Einstellungen sowie Wahrnehmung und Bewertung von Formen des politischen Extremismus und politisch motivierter Gewalt im eigenen Lebensumfeld. An der ersten Befragung dieser Art haben im Jahr 2021 insgesamt 4 483 Personen teilgenommen. Diese wurden über eine Zufallsauswahl aus den Adressen der Einwohnermeldeämter erreicht. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatte knapp ein Fünftel (23%) einen Migrationshintergrund. Vergleiche der sozialstatistischen Merkmale der Teilnehmenden mit Daten des statistischen Bundesamtes zur Gesamtbevölkerung zeigen eine große Übereinstimmung, so dass diese Befragung als repräsentativ eingestuft werden kann.

In diesem Spotlight werden in knapper Form einige ausgewählte Befunde der ersten Welle der Studie „Menschen in Deutschland“ dargestellt.

Worüber sorgten sich Menschen in Deutschland 2021?

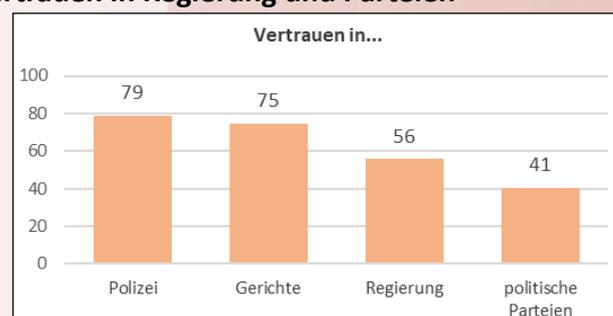
Dass Wirtschaftskrisen zu mehr Armut führen könnten, gehörte schon im Frühjahr 2021 zu den größten Sorgen der Deutschen: 90% der Befragten erklärten, darüber *etwas* oder *sehr besorgt* zu sein. Die gleiche Bedeutung hatten für die Menschen in Deutschland die Auswirkungen des Klimawandels und der Corona-Pandemie.



Mehr als zwei Drittel der Deutschen äußerte sich im Frühjahr 2021 – also bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges – besorgt darüber, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte. Demgegenüber fiel der Anteil derer, die wegen des Zuzugs von Geflüchteten einen Zusammenbruch des Sozialsystems befürchteten, mit 51% relativ gering aus.

Hohes Vertrauen in Gerichte und Polizei – geringes Vertrauen in Regierung und Parteien

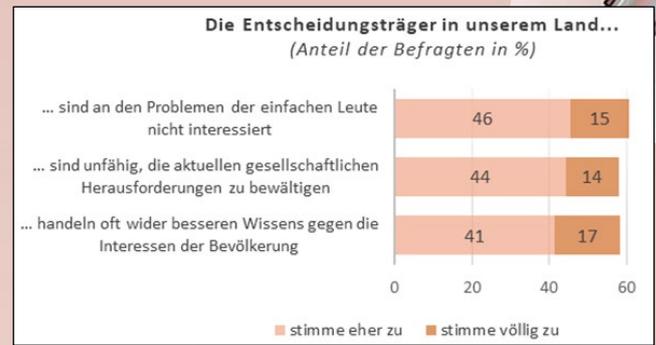
Das Vertrauen der Befragten in Polizei und Gerichte fiel mit 79% bzw. 75% sehr hoch aus. In Bezug auf politische Akteure – also die Regierung und politische Parteien – war das Vertrauen der Befragten im Frühjahr 2021 hingegen deutlich geringer. Der Regierung vertraute nur etwas mehr als die Hälfte. Das Vertrauen in politische Parteien lag mit 41% nochmals niedriger.



Prozent der Befragten die auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 6 (volles Vertrauen) mindestens den Wert 4 angegeben haben

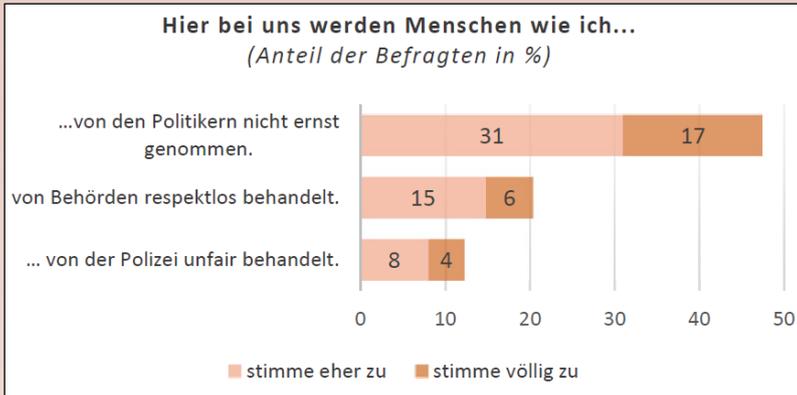
Kompetenzen und Motive von Entscheidungsträgern werden skeptisch gesehen

Die Bewertung der Handlungsmotive und Kompetenzen von Führungspersonen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft bestätigt ein bei vielen fehlendes Vertrauen in gesellschaftliche Eliten. Knapp 60% nehmen an, dass Entscheidungsträger in Deutschland an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert sind, dass sie unfähig sind, die gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen oder gegen die Interessen der Bevölkerung handeln.



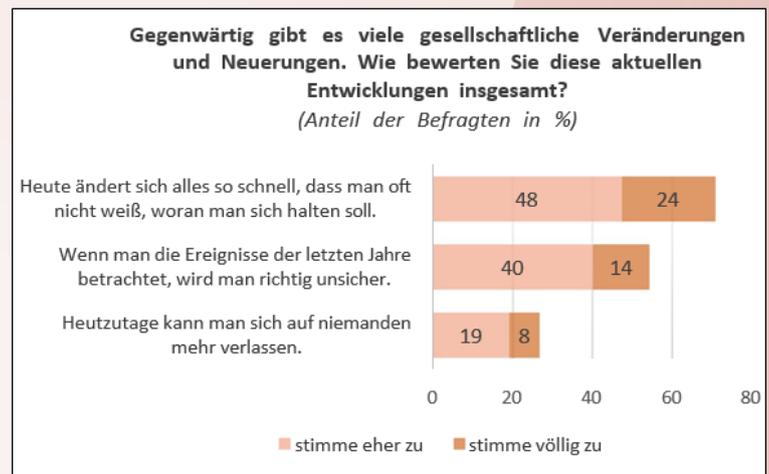
Dem entspricht der Befund, dass 48% der Befragten angaben, dass Menschen wie sie selbst von Politikern nicht ernst genommen werden.

Dass darin nicht eine generelle negative Bewertung aller staatlichen Institutionen zum Ausdruck kommt, zeigen die deutlich geringeren Raten der Befragten, die sich von Behörden respektlos (21%) oder von der Polizei unfair (12%) behandelt fühlten.



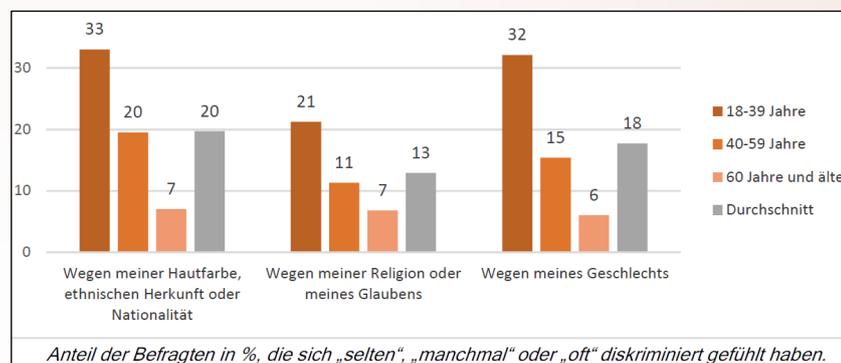
Hohe allgemeine Verunsicherung

Viele Befragte äußerten sich angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und Veränderungen in hohem Maße verunsichert. Fast drei Viertel (72%) stimmten der Aussage zu „Heute ändert sich alles so schnell, dass man oft nicht weiß, woran man sich halten soll“. Mehr als die Hälfte gab an, dass die Ereignisse der letzten Jahre bei ihnen zu Unsicherheiten führten. Deutlich weniger Personen stimmten jedoch der Aussage zu „Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen“ (27%).



Das Vertrauen in andere Personen im Alltag scheint insofern im Vergleich zu Sorgen und Verunsicherungen aufgrund des gesellschaftlichen Wandels deutlich weniger beeinträchtigt zu sein.

Diskriminierungserfahrungen und Ungleichbehandlung weit verbreitet



Die Befragten machten auch Angaben dazu, wie häufig sie in den letzten 12 Monaten wegen persönlicher Merkmale (Hautfarbe, Nationalität, ethnische Herkunft, Religion, Geschlecht) diskriminiert wurden. Erfahrungen mit Vorurteilen und sozialer Ausgrenzung sind recht weit verbreitet. Vor allem jüngere Erwachsene berichteten mit etwa 30% gehäuft von solchen Erlebnissen.

Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland 2021“ und deren Ergebnisse können Sie online unter <https://www.mid.uni-hamburg.de/ergebnisse.html> erhalten.